

Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
Kanzlei der Bürgerschaft

16.10.2017

## **Protokoll**

**der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen  
am Montag, 16. Oktober 2017, im Senatssaal des Rathauses**

### **Öffentlicher Teil**

**Beginn: 18:00 Uhr**

**Ende: 20:16 Uhr**

### **Anwesenheit**

Herr André Bleckmann  
Frau Bettina Bruns  
Herr Jan Evers  
Frau Yvonne Görs  
Herr Heiko Jaap  
Herr Dr. Andreas Kerath  
Herr Markus Kolbe  
Herr Jörg König  
Herr Alexander Krüger  
Herr Thomas Mundt  
Herr Franz Künzel  
Herr Dr. Sascha Ott  
Frau Birgit Socher  
Herr Dr. Rainer Steffens  
Frau Brigitte Witt

### **Verwaltung**

Herr Dr. Stefan Fassbinder  
Herr Gero Maas  
Frau Katrin Teetz  
Herr Michael Busch  
Herr Dr. Volkmar Böttcher  
Herr Fabian Feldt  
Herr Andreas Sappelt  
Frau Carola Felkl  
Herr Steffen Winkler

### **Gäste**

Frau Anita Weiß - Seniorenbeirat  
Frau Cornelia Meerkatz - OZ

Herr Maik Wittenbecher - Greifswalder Marketing GmbH

## Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 11.09.2017
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
- 5.1. Verbilligungsrichtlinie  
**SPD-Fraktion**
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Kein Ausweis von befristet niedergeschlagenen Forderungen unter 250,00 Euro im Rechnungswesen 2012 – Ausräumen B 56 Prüfbericht Jahresabschluss 2012  
**Dez. I, Amt 20**
- 6.2. Festlegung von Wesentlichkeitsgrenzen für die Erstellung der Jahresabschlüsse der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß §§ 44 Abs. 3, 45 Abs. 3, 46 Abs. 2 und Abs. 3, § 47 Abs. 2 und 48 Abs. 2 Nr. 16 der GemHVO-Doppik und § 12 Abs. 1 KomDoppikEG M-V  
**Dez. I, Amt 20**
- 6.3. Umsetzungsbeschluss zur Errichtung einer neuen Grundschule mit Orientierungsstufe einschließlich Hort und Sporthalle am Standort Verlängerte Scharnhorststraße (B-Plan-Gebiet Nr. 114)  
**Dez. I, Amt 41**
- 6.4. Annahme einer Spende des Fördervereins Greifswald e. V. für die Stadtbibliothek  
**Dez. I, Amt 41**
- 6.5. Annahme einer Sachspende für die Kindertagesstätte „Regenbogen“  
**Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder**
- 6.6. Annahme einer Sachspende für die Kindertagesstätte „A.S. Makarenko“  
**Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder**
- 6.7. Neufassung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen  
**Dez. II, Amt 32**
- 6.8. Konzept - Masterplan 100 % Klimaschutz  
**Dez. II, Amt 60**
- 6.9. Erstellung einer Bestandsanalyse und eines Konzeptes für Straßenlaternen  
**CDU-Fraktion**
- 6.10. Strandbad Eldena  
**SPD-Fraktion/Fraktion B90/DIE GRÜNEN, interfraktionell angestrebt**
7. Information der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

10. Sitzungsende

**TOP 1. Eröffnung der Sitzung**

Herr Mundt eröffnet die Ausschusssitzung mit 15 Ausschussmitgliedern.

---

**TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**

Es liegen zu den Tagesordnungspunkten 6.1 und 6.2 neue Versionen vor.

Zusätzlich soll eine Beschlussvorlage der SPD-Fraktion „Zuschuss für Kleingartenverband“ auf die Tagesordnung unter TOP 6.11 gesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen  
2 Gegenstimmen  
1 Stimmenthaltung

Herr Krüger stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 6.8 „Konzept – Masterplan 100 % Klimaschutz“ und 6.9 „Erstellung einer Bestandsanalyse und eines Konzeptes für Straßenlaternen“ zusammen zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen  
4 Gegenstimmen  
5 Stimmenthaltungen

Herr Evers beantragt, den Punkt 5.1 „Außerplanmäßige Aufwendung für Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag“ aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung in den öffentlichen Teil zu verschieben. Frau Teetz erklärt, dass die Vorlage Steuerzahlungen anspricht und deshalb die Nichtöffentlichkeit lt. Hauptsatzung hergestellt werden muss. Herr Evers entgegnet, dass die Gewinnausschüttung der WVG öffentlich ist (ist auch Bestandteil des Haushaltes) und die steuerliche Beurteilung keinen Geheimhaltungsgrad besitzt.

Auch Frau Socher ist der Meinung, dass ein Beschluss aus dem nichtöffentlichen Teil nicht in den öffentlichen Teil während einer Sitzung verschoben werden kann. Laut Kommunalverfassung muss dann dieser Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung verschoben werden.

Mit den Bedenken von Frau Teetz und Frau Socher stellt Herr Mundt den Antrag von Herrn Evers zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen  
4 Gegenstimmen

---

### 3 Stimmenthaltungen

Somit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt 6.12 behandelt.

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen  
1 Gegenstimme  
1 Stimmenthaltung

#### **TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 11.09.2017**

Es gibt keine Anmerkungen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen  
4 Stimmenthaltungen

#### **TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner**

keine

#### **TOP 5. Beschlusskontrolle**

##### **TOP 5.1. Verbilligungsrichtlinie**

*06/1016.1* Da keiner zu dieser Beschlussvorlage auskunftsfähig ist, wird die Beschlusskontrolle auf *B589-21/17* die nächste Sitzung vertagt.

#### **TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen**

##### **TOP 6.1. Kein Ausweis von befristet niedergeschlagenen Forderungen unter 250,00 Euro im Rechnungswesen 2012 – Ausräumen B 56 Prüfbericht Jahresabschluss 2012**

*06/1166.1* Herr Maas erklärt, dass es sich hier um ein Überbleibsel aus der Eröffnungsbilanz aufgrund der Umstellung des Rechnungswesens von Kameral auf Doppik handelt. Niedergeschlagene Forderungen wurden lediglich nachrichtlich im neuen doppischen Buchungsprogramm ausgewiesen; sie hätten aber nach den doppischen Buchungsvorschriften wieder eingebucht und mit einer Wertberichtigung belegt werden müssen. Da dies in keinem angemessenen Verhältnis zur Höhe der Ansprüche stand, gab es Absprachen zwischen dem damaligen Amtsleiter und dem Oberbürgermeister, nur die befristeten Niederschlagungen ab 250,00 EUR einzubuchen. Dieser Umstand wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Prüfbericht zum Jahresabschluss 2012 beanstandet. Aufgrund der Vielzahl von Einzelfällen soll die Bürgerschaft beschließen, die bis zum 31.12.2011 befristet niedergeschlagenen Forderungen mit einer Einzelsumme von unter 250,00 EUR als unbefristet niedergeschlagen und ausgebucht zu behandeln.

Von den Ausschussmitgliedern wird gewünscht, bei geänderten Vorlagen die Änderungen dann auch kenntlich zu machen.

Auf die Nachfrage einer zukünftigen generellen unbefristeten Niederschlagung erklärt Herr Maas, dass davon abgesehen werden sollte, weil es auch Fälle gibt, bei denen die Schuldner nach Jahren mit ihren Zahlungen anfangen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

**TOP 6.2. Festlegung von Wesentlichkeitsgrenzen für die Erstellung der Jahresabschlüsse der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß §§ 44 Abs. 3, 45 Abs. 3, 46 Abs. 2 und Abs. 3, § 47 Abs. 2 und 48 Abs. 2 Nr. 16 der GemHVO-Doppik und § 12 Abs. 1 KomDoppikEG M-V**

06/1167

Die Beschlussvorlage bezieht sich auf den Umfang der Aussagen im Anhang der Jahresabschlüsse ab 2013, so Herr Maas. Dort sollen erst ab bestimmte Wertgrenzen Begründungen und Erläuterungen abgegeben werden. Herr Maas plädiert, eine hohe Wertgrenze anzusetzen, weil es nur um die erheblichen Änderungen geht, über die berichtet werden sollen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

**TOP 6.3. Umsetzungsbeschluss zur Errichtung einer neuen Grundschule mit Orientierungsstufe einschließlich Hort und Sporthalle am Standort Verlängerte Scharnhorststraße (B-Plan-Gebiet Nr. 114)**

06/1109.1 Von Frau Felkl wird die Beschlussvorlage erläutert.

Dieser Beschluss ist die Weiterführung des Grundsatzbeschlusses von vor zwei Jahren mit der Änderung, dass jetzt eine Grundschule mit Orientierungsstufe errichtet werden soll. Die Fortschreibung der Zahlen der Schulentwicklungsplanung 2015 bis 2020 sowie die Geburten- bzw. Bevölkerungszahlen belegen, dass eine weitere Erhöhung der Schülerzahlen für die Stadt Greifswald prognostiziert wird.

Eine vollständige Finanzierung aus dem städtischen Haushalt ist nicht gegeben und müsste durch Einwerbung von Fördermitteln aufgestockt werden.

Das Bildungsministerium hat signalisiert, dass Greifswald das Projekt einreichen kann, um Fördermöglichkeiten zu prüfen. Für Schulbauvorhaben mit besonderem Inklusionsbedingten Mehraufwand stehen dem Bildungsministerium Fördermittel zur Verfügung, die nach einem Kriterienkatalog bewertet werden. Des Weiteren werden vorhandene Förderinstrumente zur allgemeinen Schulbauförderung (z. B. aus EFRE, Städtebauförderung, Sonderbedarfszuweisungen) geprüft. Gegenwärtig finden Gespräche zwischen den Ministerien auf Landesebene statt.

In der anschließenden Diskussion wird die Notwendigkeit eines Schulneubaus bekräftigt. Die SPD favorisiert den Inklusionsstandard, Variante 1 a), fragt aber auch, ob es nicht sinnvoll wäre, gleich dreizügig zu bauen. Das könnte man, so Frau Felkl, aber die Stadt

kann sich eine solche Schule nicht leisten, auch sind die Zahlen der Umlandkinder momentan eher rückläufig. Die Frage, ob die Hortbetreuung ausgeschrieben werden muss, wird Frau Felkl rechtlich prüfen.

Herr Dr. Ott erklärt, dass die CDU mit der Zustimmung zum Grundsatzbeschluss Bedingungen gestellt hatte (dass eine Schule gebraucht wird, sie finanzierbar ist und die Voraussetzungen vorliegen), die bis heute nicht geklärt sind. Die Schulentwicklungsplanung ist bislang noch nicht genehmigt, und die Orientierungsstufen sind noch nicht geklärt. Des Weiteren ist noch unklar, welchen zusätzlichen Raumbedarf die Inklusion benötigt. Die Finanzierung ist nicht „optimistisch“, und es gibt noch keinen B-Plan. Auch sollte man übergangsweise nach anderen Möglichkeiten suchen. Hier soll eine Entscheidung getroffen werden, ohne dass es klare Grundlagen für eine Entscheidung gibt. Es müssen alle Probleme und Fragen vorher aufgearbeitet werden.

Herr Dr. Fassbinder informiert, dass ein B-Plan-Verfahren läuft und bis 2018 Baurecht geschaffen sein soll.

Frau Felkl erwidert die Notwendigkeit der Beschlussfassung, um somit eine Beschlussgrundlage für EFRE-Mittel zu haben und um die Zahlen in der Schulentwicklungsplanung und in die nächste Haushaltsplanung einfließen zu lassen. Letztlich benötigt auch das Bildungsministerium für ihre Entscheidung eine Beschlusslage.

Verschiedenen Ausschussmitgliedern sind die Kosten für dieses Vorhaben zu hoch, auch geben sie die Orientierungsstufe zu bedenken (einige sprechen sich für ein langes gemeinsames Lernen aus, für andere gehört die Orientierungsstufe an eine weiterführende Schule).

Für den Neubau hat die Stadt 12 Mio. EUR im Haushalt veranschlagt, der Rest müsste über Fördermittel aufgestockt werden.

Nach kontroverser Diskussion lässt Herr Mundt über die Variante 1 a): Eine zweizügige Grundschule mit Orientierungsstufe und Inklusionsstandard, zu der auch ein Hort für 234 Kinder und eine Zweifeld-Turnhalle gehören (17,271 Mio. EUR für die Schule + 5,1 Mio. EUR für die Turnhalle) abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen  
5 Gegenstimmen  
1 Stimmenthaltung

**TOP 6.4. Annahme einer Spende des Fördervereins Greifswald e. V. für die Stadtbibliothek**

06/1160 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Ott enthält sich der Stimme.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen (Frau Socher ist nicht im Raum)

**TOP 6.5. Annahme einer Sachspende für die Kindertagesstätte „Regenbogen“**

06/1152 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen (Frau Socher ist nicht im Raum)

**TOP 6.6. Annahme einer Sachspende für die Kindertagesstätte „A. S. Makarenko“**

06/1153 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen (Frau Socher ist nicht im Raum)

**TOP 6.7. Neufassung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen**

06/1161

Herr Dr. Kerath fragt, ob Abstimmungen mit dem Finanzamt bzgl.

Mehrwertsteuererhebung auf die Marktgebühren geführt worden sind. Herr Winkler erklärt, dass es hierzu Abstimmungen mit der Kämmerei gegeben hat. Herr Maas wird hierzu Auskunft im Hauptausschuss geben.

Herr Krüger regt an, beim Umzug der Händler auf Ausweichmarktf lächen keine höheren Gebühren zu nehmen. Herr Winkler begründet die unterschiedlichen Gebühren mit den Personalkosten und den Abschreibungen.

Des Weiteren beantwortet Herr Winkler Nachfragen zum § 12 bezgl. wiederverwertbaren Verpackungen und zum § 17 zur Überwachung von Straßenmusikanten.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen

1 Gegenstimme

4 Stimmenthaltungen

**TOP 6.8. Konzept - Masterplan 100 % Klimaschutz**

06/1162 Herr Busch gibt eine kurze Zusammenfassung des Masterplanes (Power-Point-Präsentation siehe Anlage).

Auf Nachfrage erklärt Herr Busch, dass der Masterplan nicht nur auf die Verwaltung, sondern auf alle Greifswalder abzielt. Einzelne Fragen werden beantwortet.

Herr Dr. Ott ist nicht der Meinung, dass alle aufgeführten Maßnahmen, gleichrangig zu berücksichtigen sind. Einen Eingriff in private Entscheidungen der Verbraucher, in vielen Punkten des Masterplanes ersichtlich, hält er für bedenklich (z. B. wenn man beim Einkauf keine Plastiktüten mehr gratis erhält – gute Alternative zeigt Stralsund mit Papiertüten). Einzelne Maßnahmen, die in der Hand der Hansestadt Greifswald stehen, werden für wichtig erachtet (z. B. Reduzierung der Energie der Beleuchtung der Stadt oder Maßnahmen beim öffentlichen Nahverkehr).

Herr Krüger erwartet von der CDU, dass sie für die Maßnahmen, die sie für bedenklich halten, konkret Stellung beziehen und Alternativen aufzeigen. Nur so kann der Masterplan (alle Maßnahmen stehen im Kontext!) umgesetzt werden.

Herr Busch bittet um konkrete Benennung von Maßnahmen, die den Eindruck einer Bevormundung erwecken.

Es wird angeregt, den Masterplan in allen Ausschüssen zu präsentieren.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen  
4 Gegenstimmen  
4 Stimmenthaltungen

#### **TOP 6.9. Erstellung einer Bestandsanalyse und eines Konzeptes für Straßenlaternen**

06/1185 Herr Krüger merkt an, dass bereits im Masterplan die konzeptionelle Entwicklung hinsichtlich der Straßenlaternen enthalten ist. Er schlägt dem Einbringer vor, eine kleine Anfrage vorzuschalten, um dann einen Prüfauftrag in Umsetzung dieses Masterplanes zu formulieren. Die Anregung wird von der CDU geprüft.

Zur angegebenen Finanzierung erklärt Herr Dr. Fassbinder, dass es ungewiss ist, dass Mehreinnahmen der FAG-Neuregelung zu erwarten sind und somit die Deckungsquelle fraglich erscheint.

Herr Dr. Böttcher rät an, zu dieser Beschlussvorlage die Stellungnahme des Fachamtes abzuwarten.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen  
2 Gegenstimmen  
8 Stimmenthaltungen

#### **TOP 6.10. Strandbad Eldena**

06/1187 Herr Dr. Kerath erklärt, dass mit dieser Beschlussvorlage die Verwaltung aufgefordert wird, das Urteil auszuwerten.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen  
1 Gegenstimme  
6 Stimmenthaltungen

Es sind nur noch 14 Ausschussmitglieder anwesend, Herr Künzel ist gegangen.

#### **TOP 6.14. Zuschuss für Kleingartenverband**

Herr Dr. Steffens bedankt sich bei der SPD für die Aufnahme der Anregungen aus der Bürgerschaftssitzung und für die Einbringung der Vorlage, und die CDU würde als Miteinbringer fungieren.

Herr Maas informiert, dass die genannte Deckungsquelle (investiv!) fehlerhaft ist und nach einer neuen gesucht werden muss.

Von den Ausschussmitgliedern wird auch gewünscht, die Produkt-Sachkonten zum besseren Verständnis namentlich zu benennen.

Herr Krüger gibt die Anregung, bei Zuschüssen auch die Situation (so wie bei den Sportvereinen) darzustellen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen  
6 Gegenstimmen  
2 Stimmenthaltungen

#### **TOP 6.12. Außerplanmäßige Aufwendung für Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag**

*Dieser Tagesordnungspunkt wurde vom nicht öffentlichen Teil in den öffentlichen verschoben.*

Frau Teetz erklärt, dass die Stadtverwaltung im Juni 2017 erst Kenntnis bekam, dass das steuerliche Einlagenkonto der WVG verbraucht ist und die Ausschüttungen zu versteuern sind. Durch die verspätete Kenntnisnahme konnte dieser Sachverhalt nicht in der Haushaltsplanung berücksichtigt werden.

Herr Evers geht davon aus, dass die Gesellschaft bei der Wirtschaftsplanung beachtet, ob die Ausschüttung brutto oder netto erfolgen kann.

Auf Nachfrage erklärt Frau Teetz, dass die Zahlung an das Finanzamt durch die WVG bereits erfolgte und keine Verzugszinsen anfallen. Die Entscheidungen zur erhöhten Gewinnausschüttung bzw. Vorabauschüttung wurden im Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung der WVG bereits getroffen. Die Vorlage dient nur der buchungstechnischen Darstellung im Haushalt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen  
1 Gegenstimme

#### **TOP 7. Informationen der Verwaltung**

Herr Dr. Fassbinder warnt eindringlich davor, die „FAG-Erhöhungen“ als Deckungsquellen zu benennen. Falls die FAG-Erhöhungen nicht kommen, werden alle Beschlüsse rückwirkend für nichtig erklärt.

Frau Teetz informiert über die neue Eigenbetriebsverordnung, die am 31.08.2017 in Kraft getreten ist. Sie trifft dieses Jahr noch nicht in allen Grundsätzen (Wirtschaftsplanung und Jahresabschluss) zu. Vom Innenministerium wurde die Stadt aufgefordert, die Betriebssatzungen anzupassen, was zurzeit getan wird.

Herr Maas gibt bekannt, dass in der Rechnungsprüfungsausschusssitzung am

19.10.2017 die Prüfungsfeststellungen für den Jahresabschluss 2012 des Rechnungsprüfungsamtes und die Stellungnahme des Amtes für Wirtschaft und Finanzen erörtert werden. Wenn sich das Rechnungsprüfungsamt und der Rechnungsprüfungsausschuss der Stellungnahme des Amtes anschließen, bzw. zu strittigen Punkten Einigung erzielen, kann die Feststellung zum Jahresabschluss 2012 erfolgen.

**TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder**

keine

**TOP 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden**

Keine

**TOP 10. Sitzungsende**

Die Sitzung wird um 20:16 Uhr beendet.

---

gez.  
Thomas Mundt  
Ausschussvorsitzender

gez.  
Birgit Rosolski  
für das Protokoll

**Anlagen:**

Anlage 1: Präsentation 100% Klimaschutz zu TOP 6.8